
5461/J XXVIII. GP

Eingelangt am 27.03.2026

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

ANFRAGE

des Abgeordneten Christoph Steiner
an den Bundesminister für Innovation, Mobilität und Infrastruktur
betreffend **Autobahnanschlussstelle Wiesing**

Der Umbau der Autobahnanschlussstelle Wiesing an der Inntalautobahn A12 ist seit mehreren Jahren ein zentrales Infrastrukturprojekt zwischen dem Land Tirol und der ASFINAG. Geplant ist der Bau einer neuen Innbrücke mit einer Spannweite von knapp 200 Metern sowie eines zusätzlichen Kreisverkehrs mit etwa 50 Metern Durchmesser, um den Verkehrsfluss zu verbessern und Stau- sowie Unfallrisiken am Ein- und Ausfahrtspunkt des Zillertals deutlich zu reduzieren. Die Gesamtkosten des Vorhabens werden nach aktuellem Stand mit rund 54 Millionen Euro beziffert; finanziert wird das Projekt zu 65 Prozent durch das Land Tirol und zu 35 Prozent durch die ASFINAG.¹

Laut Medienberichten lag das Projekt „seit Jahren in der Schublade“ von Land Tirol und ASFINAG, bevor in den letzten Planungsphasen eine Umsetzung nach der Generalsanierung des Brettfalltunnels angestrebt wurde. Die Tiroler Tageszeitung berichtete, der Baustart sei für 2027 geplant, nachdem zuvor wiederholt Verzögerungen im Zusammenhang mit der vorbereitenden Planung und Abstimmung der Maßnahmen genannt wurden.²

Als Voraussetzung für den tatsächlichen Baubeginn werden aktuell, neben dem Abschluss der Tunnelanierung, bereits Vorarbeiten durchgeführt. Dazu zählen beispielsweise Probebohrungen im Bereich des Inn, um den Baugrund für die späteren Brückenpfeiler zu untersuchen. In der Berichterstattung wird darauf hingewiesen, dass der tatsächliche Beginn der Bauarbeiten vor dem Jahr 2027 zumindest vorbereitend nicht erwartet wird, „damit die Bauarbeiten planmäßig starten können“.³

Damit verlängert sich der Zeitraum zwischen ersten Planungen, politischen Beschlüssen und dem realen Baubeginn auf mehrere Legislaturperioden, was Fragen nach der Verlässlichkeit der Zeitplanung, der Koordination mit parallel laufenden Großprojekten wie der Brettfalltunnelanierung sowie nach konkreten Maßnahmen zur Verkehrsentlastung im Zillertal in der Übergangszeit aufwirft.

¹ <https://www.tirol.gv.at/presse/meldungen/meldung/entlastung-fuer-das-zillertal-autobahn-anschlussstelle-wiesing-wird-erneuert> (aufgerufen am 02.03.2026)

² <https://www.tt.com/artikel/30900871/stauzone-zillertal-baustart-fuer-umbau-autobahnanschluss-wiesing-2027-geplant> (aufgerufen am 02.03.2026)

³ <https://www.krone.at/4039160> (aufgerufen am 02.03.2026)

In diesem Zusammenhang richtet der unterfertigte Abgeordnete an den Bundesminister für Innovation, Mobilität und Infrastruktur nachstehende

Anfrage

1. Wann wurde das Ressort erstmals von diesem Projekt in Kenntnis gesetzt?
2. Wie viele Gutachten wurden von Seiten des Ressorts oder anderen Ministerien in Auftrag gegeben, um dieses Projekt zu prüfen?
 - a. Welche Kosten sind für diese Gutachten angefallen?
 - b. Wurden diese Gutachten veröffentlicht bzw. den Abgeordneten im Landtag, National- und Bundesrat zur Verfügung gestellt?
 - c. Gibt es zu den einzelnen Gutachten Stellungnahmen des Landes Tirols?
 - i. Wie hat das Land Tirol die Gutachten bewertet?
3. Warum wurde konkret dieses Projekt vom Ressort bis jetzt nicht genehmigt?
 - a. Welche Gründe gab es von Seiten der Beamtenschaft, dieses Projekt bis jetzt nicht zu genehmigen?
4. Wann wurde schlussendlich von Seiten des Ressorts grünes Licht für dieses Projekt geben?
5. Warum hat das Ressort seine Blockadehaltung aufgegeben?
 - a. Welche Gründe liegen nun vor, dieses Projekt doch noch zu genehmigen?
6. Hat es eine neuerliche Prüfung oder weitere Gutachten gegeben, um die ursprüngliche Entscheidung zu relativieren und wie viel Zeit nahm dies in Anspruch?
7. Gab es in der Zwischenzeit in der zuständigen Beamtenschaft einen Personalwechsel, der Einfluss auf diese Entscheidung genommen hat?
 - a. Wenn ja, was war der Grund für den Personalwechsel?
8. Fallen bei der Realisierung dieses Projektes Kosten für den Bund an?
 - a. Wenn ja, bitte um Aufstellung.
9. Wann wurde die ASFINAG erstmals mit dem gegenständlichen Projekt befasst und wann hat die ASFINAG das Ressort darüber erstmals informiert bzw. eine Genehmigung/Abstimmung eingeleitet? (Bitte jeweils um Angabe mit Datum und Aktenzahl/GZ)
10. Welche Gutachten/Studien/Prüfberichte wurden im Zusammenhang mit dem Projekt von der ASFINAG beauftragt oder herangezogen?
 - a. Welche Kosten sind hierfür angefallen? (Bitte um Aufschlüsselung je Gutachten mit Auftragnehmer, Datum und Kosten)
11. Welche konkreten Gründe wurden der ASFINAG seitens des Ressorts für eine bisherige Nichtgenehmigung bzw. Verzögerung genannt?
 - a. Welche nächsten Schritte samt Zeithorizont sind aus Sicht der ASFINAG erforderlich, bis eine endgültige Entscheidung vorliegt?